

Antrag

der Abgeordneten Cornelia Behm, Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Hans-Josef Fell, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Ingrid Nestle, Dr. Hermann Ott, Tabea Rößner, Dorothea Steiner, Daniela Wagner, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Deklarationspflicht für Palmöl in Lebensmitteln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die weltweite Nachfrage nach Palmöl steigt seit Jahren rasant an. Denn die Öle der ertragreichen Ölpalme lassen sich vielfältig verwenden. Heute sind sie in Lebensmitteln, Kosmetik, Reinigungsmitteln und Biosprit zu finden.

Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass riesige Regenwaldflächen, vor allem in Indonesien und Malaysia, für die Anlage von Ölbauplantagen gerodet wurden – mit verheerenden Folgen für Umwelt, Klima, biologische Vielfalt und die heimische Bevölkerung.

Auf die vehemente Kritik von Umweltverbänden an der Verwendung von Palmölen in der europäischen Bioenergieerzeugung und Biokraftstoffproduktion reagierte die Europäische Kommission mit der Vorgabe, dass die für diese Zwecke verwendete Biomasse zukünftig einer Nachhaltigkeitszertifizierung unterliegen muss. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn die von der Bundesregierung vorgelegten Nachhaltigkeitsverordnungen sowohl hinsichtlich der Zertifizierungskriterien als auch der verantwortlichen Zertifizierungsstellen verbesserungswürdig bleiben.

Die Verwendung von Palmölen in der Lebensmittelherstellung unterliegt hingegen keinerlei Nachhaltigkeitskriterien, dabei ist die Lebensmittelindustrie mit einem Anteil von gut 90 Prozent Hauptabnehmer von Palmöl.

Obwohl mehr und mehr Verbraucherinnen und Verbraucher die steigende Verwendung von Palmölen aufgrund der ökologischen und sozialen Folgen ihrer Produktion ablehnen, haben sie nicht die Möglichkeit, bewusst auf Lebensmittel mit Palmölen zu verzichten. Denn diese werden auf der Zutatenliste lediglich als „pflanzliche Fette und Öle“ gekennzeichnet.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- in der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung festzuschreiben, dass die Art der verwendeten pflanzlichen Fette und Öle in der Zutatenliste aufgeführt werden muss, und sich auf europäischer Ebene für eine entsprechende Änderung der Lebensmittel-Kennzeichnungsvorschriften einzusetzen;
- sich dafür einzusetzen, dass die Europäische Union zunächst für Palmöl perspektivisch aber für jegliche importierte Biomasse unabhängig von deren Nutzung klare, strenge und überprüfbare Klima-, Umwelt-, Menschenrechts- und Sozialstandards für Anbau, Verarbeitung und Transport entwickelt;
- darüber hinaus darauf hinzuwirken, dass der Anbau von und der Handel mit Agrarexportgütern nicht das Recht auf Nahrung konterkariert. Dazu bedarf es der Schaffung von Menschenrechts- und Nachhaltigkeitskriterien und der Einrichtung bzw. Stärkung von internationalen Organisationen, die sie implementieren;
- darauf hinzuwirken, dass Lebensmittel- und Kosmetikindustrie ebenso wie die Hersteller von Reinigungs- und Waschmitteln schon heute ausschließlich nachhaltig produzierte und zertifizierte Palmöle einsetzen.

Berlin, den 18. Mai 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Indonesien ist das Land, in dem die Urwaldzerstörung wegen des Anbaus von Ölpalmen am schnellsten voranschreitet. Seit 1950 sind allein in Indonesien 74 Millionen Hektar Wald vernichtet worden. Aber auch in anderen Ländern wie Malaysia, Kolumbien, Ecuador und Kamerun werden zunehmend Regenwaldflächen gerodet, um Palmölplantagen anzulegen.

Die Zerstörung der Regenwälder ist eine der Hauptursachen für den Klimawandel. Sie macht Indonesien zum weltweit drittgrößten Emittenten von Treibhausgasen – hinter China und den USA. Besonders verheerende Auswirkungen hat die Rodung und Trockenlegung von Torfwäldern, da diese rund zehnmal mehr Kohlenstoff speichern als andere Urwälder.

Zudem ist die Anlage von Plantagen häufig mit sozialen Konflikten, vor allem über die Frage des Landbesitzes, verbunden. Menschen werden von ihrem Land vertrieben. Die Rodung der ursprünglichen Regenwälder für die Anlage von Monokulturen zerstört Lebensgrundlage und Lebensweise der heimischen Bevölkerung und macht sie abhängig von Großkonzernen.

Aber auch für die biologische Vielfalt hat die Abholzung von Regenwäldern dramatische Folgen. In den indonesischen Torfwäldern sind viele vom Aussterben bedrohte Arten wie Orang-Utans, Sumatra-Tiger oder Java-Nashörner beheimatet, deren Lebensraum durch die Anlage von Palmölplantagen immer weiter vernichtet wird.

Um diese Entwicklungen aufzuhalten, muss der Anbau von Palmöl strengen Nachhaltigkeitsregeln unterworfen werden. Seit 2002 hat der sogenannte Runde Tisch für nachhaltiges Palmöl (RSPO), dem neben Umweltorganisationen auch Palmölproduzenten und -industrie angehören, Nachhaltigkeitsstandards erarbeitet, die für nachhaltiges Palmöl mindestens erreicht werden müssen und die nun kontinuierlich verschärft werden sollen. Im November 2008 zertifizierte er

das erste Palmöl. Lebensmittel- und Kosmetikhersteller, die Palmöl einsetzen, sollten sich darauf verpflichten, ausschließlich nachhaltig erzeugtes Palmöl zu verwenden.

Verbraucherinnen und Verbraucher müssen zudem in die Lage versetzt werden, Lebensmittel, die nicht nachhaltig erzeugte Palmöle enthalten, links liegen zu lassen.

Um Ausweicheffekte verhindern zu können, müssen jedoch Menschenrechts- und Nachhaltigkeitskriterien für sämtliche Agrarprodukte und den Agrarhandel geschaffen und von starken internationalen Institutionen implementiert werden.

